

tat sache

Stadtzeitung der MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Stuttgart/Sindelfingen



Daimler: Übergang zum Generalangriff auf Arbeitsplätze und erkämpfte soziale Rechte - damit dürfen sie nicht durchkommen!



Mettinger Kollegen beim Warnstreik 2008

Mitte Juli ließ der Daimler-Vorstand die Katze aus dem Sack: „Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht mehr ausgeschlossen“; insbesondere in den Werken Untertürkheim, Berlin u.a. seien „zu viele Mitarbeiter an Bord.“ (Personal-Vorstand Porth StZ 11.7.20)

Damit bestätigt sich: Im Kapitalismus gibt es keine sicheren Arbeitsplätze. Gerade wenn man sie bräuchte, sind Beschäftigungssicherungsverträge nichts wert. Sie sollen in Sicherheit wiegen, solange – im Fall Daimler 9 Jahre in Folge - Rekordprofite aus den Kollegen gesaugt werden. Weiter fordert Porth „mehr Entgegenkommen vom Betriebsrat“ für die Streichung von Spätschichtzulagen und von Weihnachts- und Urlaubsgeld.. Die MLPD-Betriebsgruppen werden alles tun, dass die Kolleginnen und Kollegen diese Angriffe zurückschlagen und die eigene Rechnung aufmachen. Die MLPD schlägt vor: **Statt Personal- und Sozialabbau: Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten! Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz auf Kosten der Profite: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Kampf um Arbeitsplätze und Umweltschutz!**

Das erfordert einen konzernweiten Kampf und die organisierte Unterstützung der ganzen Region. Nur so können die Arbeiter und alle mit ihnen Verbundenen

siegreich sein. Dafür muss die IG Metall zur Kampforganisation gemacht werden, statt auf zahllose Verhandlungen mit erwiesenermaßen gnadenlosen Vorständen zu setzen, wie es die Betriebsratsführung bisher macht.

Daimler stellt sich als von der Weltwirtschafts- und Corona-Krise überraschtes, hilfloses Opfer dar. Als einer der weltgrößten Autohersteller hat er die gesetzliche Überproduktion maßgeblich selbst befeuert und jährliche Rekorde gefeiert als ob es keinen Morgen gäbe. Dabei wird rücksichtslos auf Verbrenner gesetzt, obwohl Mutter Erde nach einem radikalen Umsteuern in der Mobilität schreit. Die menschenverachtende kapitalistische Logik muss angegriffen werden. Es sind antikommunistische Denkverbote, die uns an diese kapitalistische Logik fesseln sollen. **Das sind Zeiten, wo die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft neu diskutiert werden muss: Der unermessliche Reichtum, den die Gesellschaft schafft, kommt dann der ganzen Gesellschaft zu Gute, während er heute privat angeeignet wird und immer mehr Menschen hungern müssen.** Mercedes hat derzeit 30 Milliarden Rücklagen und hunderte Milliarden Gewinn die letzten Jahre gemacht. Sie sollen für die Krisenlasten bezahlen, nicht die Arbeiter, Steuerzahler oder die

Region! "Kurzarbeit soll Arbeitsplatzabbau verhindern". So heißt es mantrahaft aus der herrschenden Politik. Von wegen: Daimler (wie auch Bosch etc.) greifen die staatlichen Gelder ab, die Kleinunternehmer, Selbständige usw. fürs Überleben brauchen, und wollen trotzdem Stellen streichen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im letzten Jahr um 43 % gestiegen, aber dieser Großkonzern bildet in Untertürkheim gerade mal 190 Auszubildende aus. Normalerweise finanzieren jeden Sommer an die zehntausend Jugendliche, vor allem Studenten, einen guten Teil ihres Lebensunterhalts durch Ferienjobs am Band. Alles gestrichen! Hier wird die Zukunft unserer Jugend verhöhrt.

Die Daimler-Kollegen stehen an der Front einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Deswegen brauchen sie die Solidarität der Region.

Die Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich ist dabei die Kernforderung. Das erhält Arbeitsplätze, auch bei der Umstellung zu alternativen Antrieben und kann Ausbildungsplätze schaffen. Es entlastet die Kollegen und fördert die Gesundheit. Es schafft Zeit für die Familien in Zeiten von Home-Schooling etc. Vor allem geht es auf Kosten der Profitjagd, die uns die ganze Suppe einbrockt.

Elternbeiräte rufen zu Protest gegen die Bildungspolitik auf

Bildung mit Plan! Kleinere Klassen! Mehr Lehrer ausbilden! Die selbst gemachten Schilder brachten den Ärger und die Wut über die Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung deutlich zum Ausdruck.

500 bis 800 Eltern mit ihren Kinder demonstrierten am Samstag in der Stuttgarter Innenstadt. Mehrere Gesamtelternbeiräte hatten zum Protest gegen die Planlosigkeit der Kultusministerin und ihre Ignoranz gegenüber den Eltern aufgerufen. Sie schreiben: „So geht es nicht weiter ! Wir wollen für sämtliche Szenarien in der Pandemie-Entwicklung entsprechende Pläne, mehr Lehrkräfte, Ausstattung für alle und Kommunikation auf Augenhöhe. Wir wollen Schulen, die per-

sonnell und räumlich nicht auf Kante genährt sind und kleinere Klassenteiler, so dass Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit nicht nur Schlagworte auf dem Papier sind.“

Mit der Schließung der Schulen und Kitas wurde die ganze Krise auf die Familien abgewälzt. Viele haben das selbst erlebt – homeschooling mit 2-3 Kindern in unterschiedlichen Klassenstufen, Haushalt, eigener Job. Die Frauen und die Familien haben sich als wahre Organisations-talente bewiesen. Die Kultusministerin Frau Dr Eisenmann dagegen zieht sich zurück auf die Aussage „Auch wir hatten keine Blaupause“. Da sind die Eltern andere Meinung. Sie machten eindeutig klar, dass sie die Missstände in den Schu-

len schon länger kennen. Klassen mit bis zu 32 Schüler, Unterrichtsausfall, zu wenig Lehrer und Schultoiletten ohne Seife und warmes Wasser – das gab es schon vor Corona.

Jetzt ist die Zeit gekommen, das zu ändern! Wann wenn nicht jetzt!

Im Flugblatt des REBELL, das wir verteilten, heißt es: **„Zurück zur 'Normalität'? Wir wollen mehr! Für eine schrittweise Schulöffnung UND konsequenten Gesundheitsschutz!“**

Eltern stimmten zwar der Forderung zu, Schüler und Schulpersonal regelmäßig zu testen. Das war aber nicht so wirklich ihr Anliegen. Wird die Infektionsgefahr unterschätzt durch die immer weiteren Lockerungen und die Sehnsucht nach Normalität.

Ministerpräsident Kretschmann hält breit angelegte Tests für überflüssig und wartet lieber bis die Infektionen da sind. Wir wollen aber nicht, dass wieder ganze Schulen schließen müssen und wir alles von vorne durchmachen. **Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen!**



Kein Job, keine Bibliothek und eigentlich auch keine Uni

Als ich Ende Juni endlich wieder einmal das Unigebäude betreten durfte, um an einer Dienstbesprechung zur Wiederaufnahme des Institutsbibliotheksbetriebes teilzunehmen, überkam mich ein mulmiges Gefühl. Die Universität, einst ein Ort des lebendigen Austausches, wirkte in ihrem verlassenen Zustand geradezu gespenstisch. Nichtsdestotrotz war ich froh, denn ich rechnete endlich mit einer Öffnung der Bibliothek. Denn die nur dort vorhandenen Bücher brauche ich dringend, um meine Arbeit zu schreiben. Aber vergebens! Wo doch mittlerweile fast alles öffnen darf, muss die Institutsbibliothek bis auf Weiteres geschlossen bleiben. Es hieß es gäbe nicht genügend Schutz-

masken für die insgesamt drei Mitarbeiter und die Universität arbeite noch an einem Hygienekonzept. Aber ach! Wenn das der Studierenden einzige Sorge wäre, dass er nicht an dringend benötigte Bücher herankommt! Wie es mittlerweile allgemein bekannt sein dürfte, haben sehr viele Studenten in den letzten Monaten von einem Tag auf den anderen ihren Job verloren. Nicht wenige mussten ihr Zimmer aufgeben. Das Online-Semester erlaubt es ihnen zwar, wieder bei den Eltern einzuziehen, aber die Ausgaben lassen sich dennoch nicht klein halten. Im Gegenteil! Die Studiengebühren sind wieder gestiegen. Darin enthalten ist auch ein nicht geringer Anteil für die Benutzung der öf-

fentlichen Verkehrsmittel (VVS-Ticket), was jetzt eigentlich gar nicht benötigt wird. Bahnfahren im Online-Semester? Wohin? Die Jobs sind weg, die Institutsbibliothek geschlossen und die Uni bleibt weiterhin digital. Für den Winter wurde bereits ganz vorsichtig – wohl um den Unmut kleinzuhalten – ein weiteres digitales Semester angekündigt. Was wird mit dieser Entscheidung noch alles einhergehen? Vor allem die Geisteswissenschaften, die der Stadt nicht erst seit heute ein Dorn im Auge sind, bangen um ihre Existenz. Ein Glück, dass es wenigstens eine Petition zur Verteidigung der Präsenzlehre gibt!

Montagsdemo Stuttgart

Gemeinsamer Kampf von Jung und Alt gegen Polizeistaatsmethoden – für die Zukunft der Jugend!

Unter dem Motto „Rebellion für unsere Zukunft – Ja! Blinder Vandalismus – Nein!“ hat am 6. Juli die Montagsdemonstration gegen Hartz IV in Stuttgart auf dem Schlossplatz stattgefunden.

Anfangs wurde die Frage aufgeworfen: „Warum ist unsere Jugend so wütend“? Kritisiert wurden die Medien und alle, die dort sofort und breitest zu Wort gekommen waren und die Eskalation vor zwei Wochen für die Verschärfung der Polizeigesetze und Demoralisierung und Knebelung der rebellierenden Jugend nutzen wollen: Seehofer, Kretschmann, Innenminister Strobl, Polizeiverantwortliche, Oberbürgermeister Kuhn.

Und so sieht der von Stadt und Land beschlossene Sofortkatalog aus:

***Verstärkung der Polizeipräsenz und der Polizeikontrollen, Reiterstaffeln gehören zum Stadtbild**

*** Schnellgerichte für Jugendliche**

*** Sonderstab für "gefährliche Ausländer", schnellere Abschiebungen**

*** Videüberwachung im Schlossgarten und Schlossplatz**

*** Flucht im Schlossgarten**

- Anlaufstelle für gestresste Jugendliche und Wiedereinsetzung von Streetworkern

In den Medien wird ständig betont, dass es sich bei den „Randalierern“ hauptsächlich um Jugendliche mit Migrationshintergrund handeln würde. Was Wunder! Fakt ist, dass 40 Prozent der Stuttgarter Migrationshintergrund haben, bei den unter 18 Jährigen sind es über 50 Prozent. Ein Daimler Arbeiter dazu: „Das ‚schwäbische Auto‘ Mercedes wird zu 80 Prozent von Arbeitern mit Migrationshintergrund gebaut. Aber welche Perspektive bietet sich bei Daimler jungen Menschen? Tausend Leiharbeiter unter 35 Jahren sind zum Jahreswechsel rausgeflogen, alle Ferienjobs für Schüler und Studenten sind gestrichen.

Auch Jonas vom REBELL, Jugendverband der MLPD, zeigt die Ursachen auf, warum die Jugend zu Recht wütend ist: Am „Eckensee“ im Stuttgarter Schlossgarten trifft sich ein Querschnitt der Jugendlichen Stuttgarts und Umgebung. Ihre Rebellion ist gerechtfertigt. Sie finden sich zum Beispiel nicht damit ab, dass Jugendliche mit dunkler Hautfarbe kon-

frontiert werden mit Rassismus der Polizei, dagegen wehren sie sich. Über 50 Prozent der unter 25 Jährigen sind in befristeten Arbeitsverträgen, d.h. sie haben keine Perspektive. Jetzt kommt es darauf an, sagt Jonas den Jugendlichen, sich zu organisieren, sich zusammenschließen, der Rebellion ein Ziel zu geben.

Das negative Bild von der Stuttgarter Jugend, das nach den Ereignissen in der Nacht vom 20./21. März in den Medien immer wieder neu gemalt wurde, ist auf der Montagsdemonstration gründlich zerstört worden.

Gegen das reaktionäre Programm von Stadtspitze und Landesregierung ergeben sich konkrete Forderungen für den gemeinsamen Kampf:

- Schluss mit unwürdigen Polizeikontrollen!

- Schluss mit „Social Profiling“ bei der Polizei und sofortige Untersuchung bei den Polizeikräften!

- Kein Ausbau der Überwachung öffentlicher Plätze!

- Gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze und ihre weitere Verschärfung!

Antikriegstag 2020 gemeinsam vorbereiten

Das Internationalistische Bündnis Region Stuttgart I

lädt ein zur Vorbereitung des Antikriegstags 2020

Dienstag 28. Juli 2020

um 18 Uhr

**ABZ Bruckwiesenweg 10
in Stuttgart Untertürkheim**

Seit die Corona-Krise die Schlagzeilen

beherrscht, wird die Berichterstattung über Kriege, Kriegsvorbereitungen und Aufrüstung in den Hintergrund geschoben.

Doch die Aggressionen, Kriege und Kriegsdrohungen nehmen in dieser allgemeinen Krisenhaftigkeit noch zu. Ob es der andauernde Krieg der Türkei gegen die Nordsyrische Föderation/Rojava ist, die angekündigte Verlagerung der US-Truppen von Deutschland nach Polen, die

Konflikte im südchinesischen Meer oder die Aufrüstung und Faschisierung der Staatsapparate: Der 1. September, Jahrestag des Überfalls des Hitlerfaschismus auf Polen und Beginn des 2. Weltkriegs mahnt zum gemeinsamen Widerstand. Lasst uns eraten, wie wir den Antikriegstag, ausgehend von der traditionellen Kundgebung am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus, gemeinsam gestalten.



Internationalistisches Bündnis gegen
Rechtsentwicklung, Faschismus und Krieg

Herzliche Einladung zum Landeskongress Baden-Württemberg

Samstag 25. Juli

14 Uhr bis 18.30 (Saalöffnung und Anmeldung 13.30)

**Arbeiterbildungszentrum – ABZ
Stuttgart, Bruckwiesenweg 10**

Kontakt: stuttgart.interbuenndnis@e.mail.de



Seit 18 Jahren leerstehende ehemalige Bettfedernfabrik

Ausreichender, umweltgerechter und preisgünstiger Wohnraum – dringender denn je!

Stuttgart wurde 2019 mit einer Durchschnittsmiete von 10,50 €/m² zur teuersten Stadt Deutschland. Das Geld für die Wohnungsmiete aufzubringen wurde in den letzten Jahren für immer mehr Menschen zu einer existenziellen Frage. Die sich entfaltende Weltwirtschaftskrise in Verbindung mit der Corona-Krise wird dieses Problem rasant verschärfen: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen zu und für viele Selbständige bricht gerade ihre Existenzgrundlage weg. Staatliche Unterstützungsgelder werden das auf Dauer nicht lindern.

Das Grundproblem: Im Kapitalismus ist Wohnen nicht ein Lebensrecht, sondern eine Ware. Und Waren sind im Kapitalismus nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen da, sondern um aus ihrem Verkauf Gewinn zu schlagen. Diese Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus hat Friedrich Engels, der Mitstreiter von Karl Marx, untersucht. 1872 schrieb er in der Streitschrift „Zur Wohnungsfrage“

„Woher kommt nun die Wohnungsnot? Sie (ist) ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaftsform....in der die große arbeitende Masse auf Arbeitslohn, also auf die zu ihrer Existenz und Fortpflanzung notwendige Summe von Lebensmitteln ausschließlich angewiesen ist; ... in der endlich der Hausbesitzer in seiner Eigenschaft als Kapitalist... aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen (bestrebt ist).... In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur be-

seitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt von Grund auf umgewälzt wird“ (S.36) „Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen.“ (s.13)

Diese Gesetzmäßigkeiten haben sich in den letzten Jahren, in denen sich das Geschäft mit Immobilien zu einer der weltweit lukrativsten und sichersten Profitquellen des internationalen Finanzkapitals entwickelt hat, enorm verschärft. So haben sich die fünf größten in Deutschland aktiven börsennotierten Immobilien-Konzerne Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG Immobilien, Grand City, TAG Immobilien AG in Deutschlands Großstädten ca. 800.000 Wohnungen, die früher Eigentum von Bund, Post, Bahn, Länder und Kommunen waren unter den Nagel gerissen, um aus dem Grundbedürfnis Wohnen Profite zu schlagen.

Könnten wir die Wohnungsbaukonzerne nicht enteignen um die Probleme zu lindern? Machen wir uns keine Illusionen: Unter kapitalistischen Verhältnissen würde eine Enteignung, falls sie gegen die grundgesetzlich garantierten Eigentumsrechte überhaupt durchzusetzen wäre, nur bedeuten, dass mit unseren Geldern der Staat die Wohnungen von Vonovia teuer zurückkauft, ohne dass sich für uns als Mieter grundsätzlich was ändern würde. Die notwendige Vergesellschaftung von Grund und Boden, genau so wie der Produktionsmittel wird erst im Sozialismus möglich.

Woran wir arbeiten müssen ist eine gesellschaftliche Bewegung, einen solidari-

schen Zusammenschluss der Bevölkerung für den Kampf gegen die Wohnungsnot und für bezahlbare Mieten. Wir müssen das als Schule für den notwendigen Kampf für eine sozialistische Gesellschaft begreifen.

Die MLPD unterstützt in diesem Sinne wichtige kommunalpolitische Forderungen der Bewegung für einen **Mietenentscheid Stuttgart**. Gefordert wird, dass der Gemeinderat beschließt:

1. dass die Stadt keine laut bestehenden Bebauungsplänen für Wohnungsbau geeigneten Grundstücke im Eigentum der Stadt und keine Wohnhäuser im Eigentum der Stadt mehr verkauft;
2. dass die SWSG zu 100 Prozent geförderten Wohnraum für Menschen schafft, die vom Einkommen her Anspruch auf eine öffentlich geförderte Sozialmietwohnung oder auf eine von der Stadt geförderte Mietwohnung für mittlere Einkommensbezieher haben;
3. dass die Mieten bei allen Wohnungen im Eigentum der Stadt, der städtischen Eigenbetriebe und 100-prozentigen Tochtergesellschaften auf maximal 5,00 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter abgesenkt und dauerhaft fixiert werden;
4. dass die Stadt Baugebote für alle baureifen jedoch nicht bebauten Grundstücke ausspricht und bei Nichtbebauung und wirkungslosen Bußgeldbescheiden als letztes Mittel ein Enteignungsverfahren zum Wohle der Allgemeinheit einleitet;
5. dass die Stadt für die Verhinderung von Leerstand- und Zweckentfremdung von Wohnraum 11 zusätzliche Personalstellen schafft.

„Bezahlbare Räume für Wohnen, Kunst und Kultur jetzt!“

Mit dieser Forderung wurde die seit circa 18 Jahren leerstehende ehemalige Bettfedernfabrik in Bad Cannstadt von 30 AktivistInnen am Montag, den 6. Juli besetzt.

Zu den Beweggründen werden von den AktivistInnen folgende Hintergründe formuliert.

„Ständige Mietsteigerungen und Zwangsräumungen, kaum sozialer Wohnungsbau, Verdrängung und Kommerzialisierung alternativer Kunst- und Kulturstätten. Ebenso die Unfähigkeit und der Unwillen des kapitalistischen Investors, den Standort sozial und nachhaltig zu gestalten.“

Die Besetzung wurde um 12.30 Uhr von der Polizei geräumt, nachdem der Eigentümer, Rainer Neumann, von pro Contact in Leinfelden Echterdingen, einen Strafantrag auf Hausfriedensbruch gestellt hatte.

In Deutschland gibt es über 50 000 Obdachlose auf den Straßen, mindestens 700 000 sind wohnungslos, d.h. sie haben keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum. Junge Leute können nicht ausziehen, weil sie aufgrund von hohen Mieten sich keine eigene Wohnung leisten können, Menschen, die in Notunterkünften und Sammelunterkünften zusammengepfercht sind - nicht mal in „Coronazeiten“ konnte sich die Politik durchringen, leerstehende Gebäude den Menschen zukommen zu lassen, denen sie einen Schutz vor Ansteckung hätten bieten können. Das ist die Profitlogik des Kapitalismus.

Die 'Tatsach' meint:

18 Jahre Brache eines schönen innerstädtischen Grundstücks ist ein Skandal, aber leider ein typisches Beispiel



für das „heilige“ kapitalistische Recht mit seinem Eigentum machen zu können was man will.

Es gibt jetzt offensichtlich einen Bebauungsplan der auch Wohnungen und soziale Einrichtungen vorsieht. Doch der Baubeginn wird selbst nach Angaben der Stadt frühestens Herbst 21 sein, nach aller Erfahrung also voraussichtlich wesentlich später.

Deswegen unterstützt die MLPD voll und ganz die Forderung nach einer sinnvollen Zwischennutzung des Geländes und deren Unterstützung durch die Stadt.

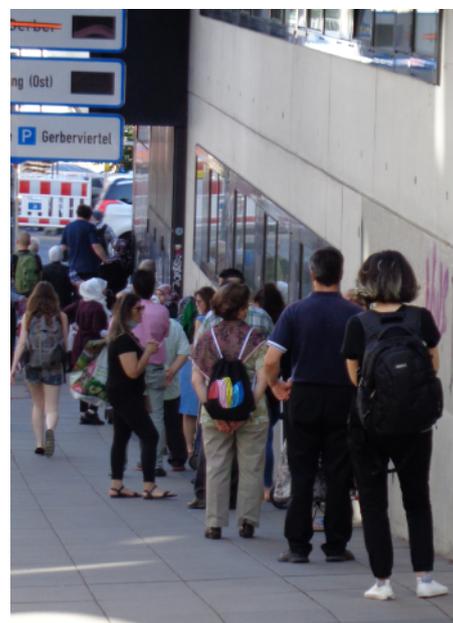
Redaktion Süd

In der Krise haben Tafelläden leider „Konjunktur“

Freitag 9.30. Um zehn öffnet die „Schwäbische Tafel“ in der Hauptstätterstraße. Fast hundert Meter zieht sich die Schlange der Wartenden um die Ecke die Immenhoferstraße hoch. Der Andrang zur Tafel, die gespendete Lebensmittel günstig verkauft, war schon vor Corona stark. In diesen Krisenzeiten wächst er noch. Wir von der Tatsach' sind uns mit den Kunden einig, dass der Bedarf eher noch weiter wachsen wird, wenn die Wirtschaftskrise durchschlägt und die staatlichen Dämpfungsgelder auslaufen. Die Tafel-Helferinnen gehen die Schlange ab und kontrollieren die Einkaufsberechtigung. In der Regel ist das die von der Stadt vergebene „Bonuscard“. Heute sind alle mit den Namen von A-K dran. Montag wieder L-Z. Unter denen, die da diszipliniert bis zu ca. zwei Stunden auf Einlass warten, dabei ein hoher Anteil älterer Menschen. „Kleine Rente, hohe Miete“ erklärt eine Dame und die Schilderung ihrer Verhältnisse macht klar, warum die günstigen Angebote der Tafel überlebensnotwendig sind. Sie meint: „Ich bin selber mit schuld, ich habe mich

nicht rechtzeitig um die Rente gekümmert und nicht extra eingezahlt.“ Wir widersprechen: „Das ist nicht ihr individuelles Problem, sondern Folge der betrügerischen Rentenpolitik der letzten 30 Jahre und trifft die Menschen in diesem Land massenhaft.“ Aber auch viele junge Leute sind da „Ich habe zwei Kinder, drei und sechs Jahre alt und keinen Kitaplatz für sie. Mein Mann ist in der Schule um Deutsch zu lernen, so haben wir kein Einkommen“, erklärt eine junge Mutter. Ein Lehrer, der mit seiner Familie aus dem Irak floh und hier keine Anstellung finden kann, versteht diese Ordnung nicht. „Alle Menschen könnten doch etwas Sinnvolles tun und so etwas für die Gesellschaft und ihr eigenes Einkommen beitragen. Das müsste organisiert werden“ Er hat so recht! Aber gesellschaftlich vernünftige Lösungen wird es in einer Profit-Gesellschaft nicht geben. Einrichtungen wie „Tafelläden“ lindern etwas die akute Not, sind aber zugleich Brennglas auf die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung würdevolle Verhältnisse zu schaffen. Wir haben

sechs Milliarden Menschen auf der Erde und gegenwärtig schon die Fähigkeit zwölf Milliarden gut zu ernähren - doch eine Milliarde hungert. Dieser schreiende Widerspruch kann und muss revolutionär gelöst werden.



Solidarisch in Coronazeiten

Wir von der Wohngebietsgruppe der MLPD Feuerbach haben im Wohngebiet den Kontakt zu den Bewohnern gesucht, sind durchs Viertel gezogen, haben Musik gemacht, über die Corona Krise diskutiert und das Sofortprogramm der MLPD verbreitet.

Eine Feuerbacherin erzählte uns, dass sie auch in ihrem Stadtteil Solidaritätsaktionen gemacht haben.

„Ja, wir haben wochenlang jeden Abend nicht nur für Pflegekräfte geklatscht, sondern bewusst auch für alle die in sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten. Mir war von Anfang an bewusst, dass Klatschen alleine nicht reicht, sondern eine dauerhafte höhere Vergütung notwendig und begründet ist. Es entwickelte sich eine Solidarität unter uns Nachbarn. Wir organisierten gegenseitige Hilfsangebote in einer WhatsApp-Gruppe.

Ich fand es gut, dass ihr durch Musik auf euch aufmerksam macht. Von einigen Leuten wurde die Aktion kritisch beobachtet, andere waren sichtlich an der Aktion interessiert. Ihr solltet beim nächsten Mal überlegen, wie ihr das Thema eures

Anliegens noch besser zum Ausdruck bringen könnt.“

Wir meinten: Die Corona Krise hat viele nachdenklich gemacht, Fragen aufgeworfen und den Wunsch nach Veränderungen geweckt. Wie sehen Sie das?

„Ich habe die Auswirkungen der verordneten „Genügsamkeit“ positiv empfunden. Weniger Verkehr, CO2-Werte gesunken, weniger Lärm, ein geändertes Konsumverhalten, größeres Interesse an regionalen Produkten.

Der globale Wildtierhandel und die qualvolle Massentierhaltung sind stärker in die Kritik geraten. Zudem wurde bekannter, dass viele neue Infektionskrankheiten in Zusammenhang mit der Massentierhaltung (Zoonosen) stehen. Die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleischverarbeitung wurden allen erneut vor Augen geführt. Ich wünsche mir eine größere Wertschätzung gegenüber Menschen und Tieren und ein Überdenken des Essverhaltens.

Ein weiteres Problem erlebe ich in meiner Nachbarschaft. Viele Familien mit Kindern, besonders Alleinerziehende sind

durch die Corona bedingte Situation überfordert und werden damit allein gelassen. Unkoordinierte Maßnahmen in Bezug auf Betreuung und Schule vergrößern den Druck noch zusätzlich“.

Wir bedankten uns für das interessante Gespräch und luden zu einer unseren nächsten Gesprächsrunden ein, um die Fragen vertiefen zu können.



Initiative des ABZ-Gästehauses: „Sichere Zimmer für Flüchtlinge“ scheitert am Unwillen der Landes-und Stadtbehörden

Das ABZ in Untertürkheim vermietet seit 20 Jahren Zimmer an Monteure, Jugendgruppen, Musikvereine, Sportgruppen, FSJler, Malteserjugend und Gäste aus aller Welt. Internationale Solidarität wird bei uns groß geschrieben. Durch die Coronakrise stehen die Zimmer im Gästehaus seit Mitte März leer. Deshalb sind wir auf die Idee gekommen Zimmer für Flüchtlinge anzubieten. Denn die Situation der Flüchtlinge ist dramatisch. So infizierten sich in der LEA Ellwangen über 300 der 567 Flüchtling, weil sie auf engstem Raum zusammenleben müssen.

Am 27. April 2020 schrieben wir einen Brief an Ministerpräsident Kretschmann

mit dem Angebot Flüchtlinge sofort in unserem Gästehaus aufzunehmen. Am 4.5.20 erhielten wir die Antwort: „...Auf seine Veranlassung wurde ihr Schreiben an das fachlich zuständige Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg mit der Bitte weitergeleitet, Ihr Anliegen zu prüfen und zu bearbeiten.“ Am 25.5.20 lag die Antwort des Innenministeriums in unserem Briefkasten. Das Schreiben endet mit den Worten: „Ich rege an, dass Sie sich diesbezüglich an die für die vorläufige Unterbringung zuständige Aufnahmebehörde der Stadt Stuttgart wenden.“ Vom Amt für öffentliche Ordnung, Sachgebiet Flücht-

linge wurde unsere Anfrage an das Sozialamt weitergeleitet. Vom Sozialamt Stuttgart erhielten wir am 5.6.20 die Antwort: „... Derzeit besteht für das Sozialamt kein Bedarf. ... wenden Sie sich bitte zuständigkeitshalber an das Amt für Liegenschaften.“

So werden offensichtlich unliebsame Initiativen durch den Weg durch die Mühlen der deutschen Bürokratie zermalmen. Es zeigt was es dem Land und der Stadt wert ist Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und sie in Coronazeiten zu schützen – nichts!

Verdi-Kundgebung: „fünf vor zwölf“ vor dem Kaufhof in Cannstatt

Mit ca. 150 Teilnehmern fanden sich am Samstag, 11.07.2020 um 11:55 Uhr überraschend viele Menschen vor der Cannstatter Kaufhoffiliale ein. Aufgerufen zu der Kundgebung „5 vor 12“ hatte Verdi. Solidarisch vor Ort waren der Frauenverband Courage und GenossInnen von MLPD und DKP.



Allein im Raum Stuttgart soll neben der Kaufhoffiliale in Stuttgart – Bad Cannstatt (38 Kündigungen), Karstadt Leonberg (70 Kündigungen), Karstadt Sport Stuttgart (30 Kündigungen) sowie Karstadt Feinkost (20 Kündigungen) geschlossen werden.

Nachdem in Stuttgart bereits der Ufa-Palast, das Bekleidungsgeschäft Breitling und das Auktionshaus Nagel Insolvenz angemeldet haben, bilden die genannten Kaufhof/Karstadt-Filialen also die nächsten Domino-Steine in einer Kündigungswelle.

Für die Kaufhof-Mitarbeiter soll eine Transfersgesellschaft für 6 Monate gegründet werden. Der Verdi-Hauptredner, Cuno Hägele, stellte klar, dass diese Transfersgesellschaft aber so schlecht ausgestattet wurde, dass sie klar in die Arbeitslosigkeit führen wird.

Investor in Karstadt/Kaufhof/Quelle ist René Benko, ein milliardenschwerer Immobilienspekulant, der schon in der österreichischen Ibiza-Affäre genannt wurde, als illegaler Spenden-Förderer der faschistischen FPÖ. Von allen Karstadt/Filialen sollen angeblich nur solche geschlossen werden, bei der die Verhandlungen (wohl um Mietminderung?) mit den Gebäudeeigentümern ergebnislos verliefen. Bei allen Filialen, die nun geschlossen werden ist aber René Benko der Gebäudeeigentümer. So läuft also der Hase!

Was jetzt zu tun ist?

Eine Verdi-Mitgliedsfrau, Betriebsrätin bei Kaufhof Eberhardstraße.: „Ich bin

trotz meines Urlaubs gekommen um meine Solidarität zu zeigen. Die Schließung ist eine Katastrophe, gerade für die Familien. Die Filiale hat schwarze Zahlen geschrieben.“

Ein Metallarbeiter aus Stgt.-Vaihingen meint:

„Ich bin bei der IGM und aus Solidarität hier. Wir müssen jetzt alle zusammenhalten. Die Konzerne nutzen die Coronakrise als Vorwand, um Leute zu entlassen und die Profite hochzuschrauben. In meinem Betrieb sind alle Kollegen skeptisch wegen der Zukunft. Die Wirtschaft kommt nicht wieder hoch. Wir brauchen eine andere Gesellschaft, wo es nicht um Profite, sondern um Bedürfnisse geht.“

Der Verdi-Vertreter von Cannstatt fragt, warum nicht alle Stuttgarter Kaufhof/Karstadt-Filialen heute bestreikt werden? Ver.di Sekretär Kuno Hägele dazu: „So einfach ist das mit dem Streiken nicht, aber wir überlegen uns da etwas anderes.“ **Streik und Solidaritätsstreik im Konzern wäre jetzt aber die richtige Antwort.** Warum ist das mit Streik in Deutschland besonders schwierig? Weil es kein Streikrecht gibt außer in Tariffragen in der Tarifrunde. Was ist das für eine „Demokratie“, wo es erlaubt ist tausende Leute zu entlassen und ihre Existenz vernichtet wird, es aber verboten ist dagegen zu streiken? Streik ist ein starkes Zeichen und setzt den Konzernchef auch ökonomisch unter Druck. **Solche notwendigen Streiks müssen heute selbständig geführt werden und die Gewerkschaft kann das durchaus unterstützen.**

Es gibt aber auch skeptische Stimmen: „Was mit Kaufhof passiert ist traurig. Amazon verdrängt den Einzelhandel, das ist der Zeitgeist, da kann man nichts machen. Das Missmanagement ist schuld, aber am Ende trifft es immer die Angestellten. Die Innenstädte sterben aus, da kann man nichts machen. Ich finde die Gewerkschaftskundgebung ehrenwert, aber es ist Kapitalismus, da kann man nichts machen.“ Ja, den Kapitalisten geht es immer um den Maximalen Profit und das geht auf unsere Kosten. Wenn das so ist, dann müssen wir eben diese ganze kapitalistische System angreifen, revolutionär überwinden, und unserer eigenes Gesellschaftssystem aufbauen, wo nicht mehr der Profit Zweck der Produktion ist, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in Einheit mit der Natur.

Verdi hat jetzt eine Unterschriftensammlung unter der Bevölkerung gestartet:

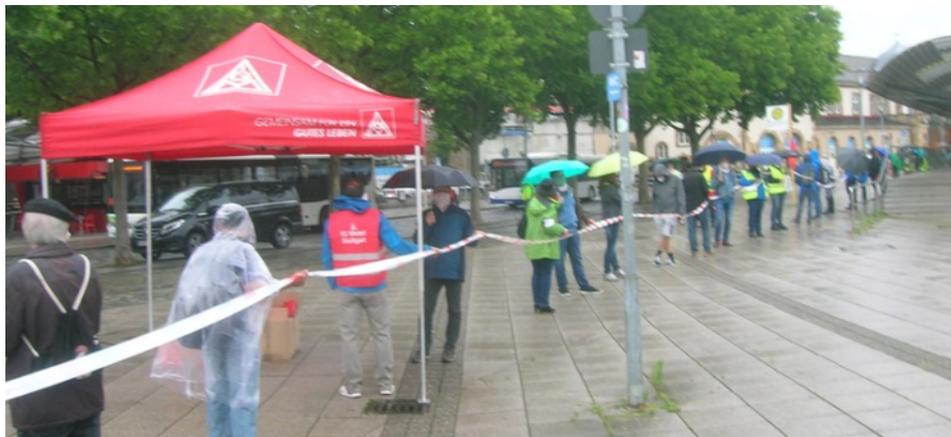
Unser Galeria Karstadt Kaufhof bleibt!

Die Wohngebietsgruppe Cannstatt der MLPD wird die Sammlung unterstützen.

Unsere Forderungen:

Keine Schließungen! Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz! Das sind wir der Jugend und ihrer Zukunft schuldig. Gegen die Arbeitsplatzvernichtung muss der gemeinsame Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – für die 30 Stundenwoche geführt werden.

Kette der Solidarität in Feuerbach - Bosch kürzt Ausbildungsplätze um ein Drittel



Trotz Nieselregen war die Kette der Solidarität am 13.7. um 11.30 Uhr vom Ausbildungszentrum auf der einen Seite des Bahnhofs Feuerbach bis zum Haupttor des Feuerbacher Werkes geschlossen. Aus dem Tor 1 strömten weitere Kollegen vom Arbeitsplatz vor das Tor und reiheten

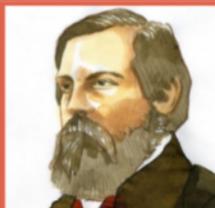
sich an Flatterbändern ein. Mit Megaphonen an verschiedenen Stellen berichteten Vertrauensleute, dass auch Delegationen aus Schwieberdingen und Leinfelden dabei sind. Wir protestieren gegen die Konzernführung, die von uns Lohnverzicht verlangt und massiv Arbeitsplätze

und Ausbildungsplätze abbaut. Ausbildungsplätze will Bosch um ein Drittel abbauen, das soll unsere Zukunft sein?

Es war eine aufgeschlossene Stimmung, nachdenklich und auffällig gesprächsbereiter als sonst. Für die Kette der Solidarität wurde über Whatsapp-Gruppen von Vertrauensleuten mobilisiert. Die Arbeit wurde unterbrochen und sie wurde genutzt, damit der Zusammenhalt in der Belegschaft wächst. Die Aktion war gut organisiert und läßt die Kampfkraft erahnen, doch eine Begleitmusik zu Verhandlungen mit der Geschäftsführung wollen wir nicht abgeben.

Die Bosch-Belegschaft steht vor der Entscheidung: Unterordnung unter das Profitdiktat von Bosch oder Zusammenschluss über den Standort hinaus und Aufnahme des Kampfs als Konzernbelegschaft. Dazu braucht sie jede Unterstützung aus der Bevölkerung.

Marx - Engels Lesekreis



2020 hat Engels seinen 200. Geburtstag

wir lesen Friedrich Engels
Zur Wohnungsfrage

Freitag alle 14 Tage in der geraden Woche
von 17 bis 19 Uhr



Bruckwiesenweg 10
70327 Stgt.- Untertürkheim
Telefon 0711/3360703
www.abzsued.de



Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart
Tel: 0711/3360703, ABZSued@t-online.de

Jeden Mittwoch ab 18 Uhr
zusammen sitzen, reden,
essen, trinken, spielen



ABZ -Ferienprogramm 22.-28.8.

Das Arbeiterbildungszentrum in Stuttgart-Untertürkheim lädt ein zu einer spannenden Ferienwoche. Geplant sind Spiel und Sport Tischkicker- und Tischtennisturnier, Zirkustraining, Ausflüge und vieles mehr.

Anmeldung: ABZ - Bruckwiesenweg 10, 70127 Stuttgart
Tel.:0711-33 60 703,, mail:info@gaestehaus-abz-stuttgart.de

Montagsdemobewegung
Montag ist Tag des Widerstand

Stuttgart am Schlossplatz
jeden 2. Montag im Monat
17.00 Uhr

Sindelfingen Sterncenter
1. Montag im Monat
18.00 Uhr



Spendet für die tatsäch'

Mach mit in der MLPD!

Mitglied der MLPD werden - wie geht das?

Jedes Mitglied der MLPD arbeitet in einer der Parteigruppen mit - je nach Berufslage, Fähigkeiten und Interessen in einer Betriebs-, Stadtteil-, Umwelt- oder Universitätsgruppe. Wer Mitglied der MLPD werden will, stellt einen Aufnahmeantrag, den die Parteigruppe berät. Sie beschließt über die Aufnahme als Kandidat.

Kontakt:

Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands
Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart
Tel.:0711-2361350,
e-mail: stuttgart@mlpd.de
www.mlpd-stuttgart.de